

Freiberger Anzeiger

und
Tageblatt.

Amtsblatt des Kgl. Bezirksgerichts zu Freiberg, sowie der Kgl. Gerichtsämter u. der Stadträthe zu Freiberg, Sayda u. Brand.

N^o 50.

Erscheint jeden Wochentag früh 9 U.
Inferate werden bis Nachm. 3 Uhr
für die nächste Nr. angenommen.

Donnerstag, den 1. März

Preis vierteljährl. 20 Ngr. Inzerate
werden die gespaltene Zeile oder deren
Raum mit 5 Pf. berechnet.

1866.

Tagesgeschichte.

Dresden, 27. Februar. Die Rückkehr Ihrer Majestäten des Königs und der Königin aus München erfolgte gestern Abend kurz nach 1/2 9 Uhr. Allerhöchstdieselben wurden bei Ihrer Ankunft hier selbst auf dem Perron des Leipziger Bahnhofes von Ihrer Majestät der Königin Marie, Ihren königlichen Hoheiten dem Kronprinzen und der Frau Kronprinzessin, dem Prinzen und der Frau Prinzessin Georg und der Prinzessin Amalie aufs Herzlichste begrüßt.

Wien. In einem „Oesterreichs Pflicht und Interesse“ überschriebenen Artikel läßt sich die Wiener „Presse“ also vernehmen: „Alle Nachrichten aus Berlin, Wien und den Elbherzogthümern über das Verhältniß der Regierungen der beiden „Condomini“ stimmen darin überein, daß dasselbe gegenwärtig ein mehr als gespanntes, ein nahezu feindliches ist. Die Krone Preußens fordert angeblich auf Grund deutscher Interessen den alleinigen Besitz der Herzogthümer oder gar deren Einverleibung in Preußen. Die Krone Oesterreichs verwahrt sich ihrerseits auf das Bestimmteste dagegen, erklärend, daß die von Preußen allegirten deutschen Interessen, auf welche es seine Besitzansprüche gründe, bis jetzt nicht nachgewiesen sind. Oesterreich hält an der von Preußen ebenfalls und durchaus freiwillig in der Londoner Conferenz am 28. Mai 1864 vor ganz Europa feierlich gegebenen Erklärung fest, daß der Herzog Friedrich von Augustenburg die bestberechtigte Ansprüche auf die Regierung der Herzogthümer habe und derselbe zugleich der von der unendlichen Majorität der Schleswig-Holsteiner ersehnte Regent sei. Ist der Krieg Preußens gegen die Herzogthümer auch noch kein offener, so ist es doch bereits die Vergewaltigung derselben, die brutale Verfolgung der Einwohner. Durch die Londoner Erklärung, durch das Festhalten an derselben, durch den Charakter der österreichischen Verwaltung der Herzogthümer vor wie nach Gastein ist dagegen Oesterreich für die Schleswig-Holsteiner und ihr gutes Recht einzutreten verpflichtet. Indirect sind dadurch die Herzogthümer zum Ausharren in ihren Bestrebungen ermuntert und jede neue Note unserer Regierung, welche die Londoner Erklärung und die damalige Rechtsanschauung aufrecht erhält, ist ein weiterer Schritt Oesterreichs in dieser Richtung. Alles, was man gegenwärtig von den Verfolgungen in Schleswig und einem Theile Holsteins von Seiten der preussischen Regierung hört; das Licht, was auf diese Regierung durch die Berliner Vorgänge geworfen wird, und das, was andererseits über die neuesten Erklärungen unserer Regierung in der Herzogthümerfrage verlautet, lassen es in den Augen des österreichischen Volkes nicht mehr zweifelhaft erscheinen, daß sich Oesterreich mit seiner Ehre, mit seiner Würde als Großmacht und deutsche Vormacht in der Herzogthümerfrage so tief engagirt hat, daß es nicht mehr zurück kann, ohne sich auf das Aeußerste vor seinem eigenen Volke, vor Deutschland und ganz Europa bloßzustellen. Eine lange Reihe von kleinen Zusagen, thatsächlichen, schweigenden, offenen, lauten, sind ebenso bindend, wie eine einzige unbedingte, rückhaltslose Erklärung. Auf Grund der Haltung der österreichischen Politik in der Herzogthümerfrage, die wohl geschwankt, mehr oder weniger unentschieden aufgetreten ist, aber nie ihren Charakter verleugnet hat, haben sich nicht Tausende, sondern Hunderttausende in den Herzogthümern in dem Kampfe für ihr Recht gegenüber den preussischen Ansprüchen so bloßgestellt, daß sie der äußersten Verfolgung gewärtig sein müssen, wenn Oesterreich nicht dem Recht zum Siege verhilft. Worauf wartet man noch, um die Frage vor das Land, vor den Bund, vor Europa zu bringen? Wenn es je eine Frage gab, in der zweifellos die ganze Welt auf Seite Oesterreichs stand, so ist es diese. Selbst das preussische Volk hat endlich die angeblichen deutschen Interessen, welche Herrn v. Bismarck den

Anspruch auf Annexions-Berechtigung liefern sollten, als leeren Schwindel erkannt, als ein Verausungsmittel, um das preussische Volk gegen die Vergewaltigung im Innern und die Verföhnung seines eigenen Rechtes unempfindlich zu machen. Das Volk Preußens wird sich weder in seiner Würde, noch in seinem Rechtsgefühl gekränkt finden, wenn Oesterreich darauf bringt, endlich die brennende Frage zu entscheiden. Man vergesse nicht, daß diese brennende deutsche Frage für Oesterreich eine Last, gegen Deutschland ein Unrecht und für die Herzogthümer eine Qual ist, und daß man durch das Hinziehen derselben einen edlen, tüchtigen, deutschen Stamm — an dem man sich einst so schwer versündigt hat — wahrhaft auf die Folter spannt. Zurück kann Oesterreich nicht, das hieße es der Verachtung der Welt aussetzen, also fasse man endlich einen Entschluß. So günstig liegen die Verhältnisse, daß der bloße ausgesprochene Wille schon ein Sieg ist, ein Sieg, der Oesterreichs moralische Bedeutung in der Welt außerordentlich erhöhen und ihm die alte, zum Theil eingebüßte Sympathie des deutschen Volkes voll zurückgeben, ja sie vielleicht verdoppeln wird.“ — Wir sehen ab von den Reflexionen, die in diesem Artikel in österreichischem Sinne sich geltend machen, und constatiren bloß mit Vergnügen, daß man schon jetzt daran denkt, nachdem die brennende ungarische Frage zu einem geachtlichen Ende zu gelangen scheint, auch den deutschen Interessen in deutschem Sinne sich wieder zuzuwenden. Möchte Oesterreichs guter Stern es fügen, daß die Worte in seiner deutschgesinnten Presse nicht verhallen. Dann dürfen wir überzeugt sein, daß bald ein Umschwung der Dinge eintreten wird, dessen nächstes Ziel unzweifelhaft der Sturz des Erzfeindes Bismarck ist.

— 27. Februar. Die „Debatte“ sagt über die neuesten Ereignisse in den Donaufürstenthümern: „Rusa fiel vor der Action der zur gemeinsamen That vereinigten Demokraten, die in der neugebildeten provisorischen Regierung durch General Golesto vertreten sind, und der Bojaren, deren Repräsentant in der jetzigen Regierung Catargi ist. Rusa's Ende kommt nicht unerwartet; Rusa hat während der Dauer seiner Herrschaft Nichts gethan, was ihm den Thron sichern konnte, und Nichts unterlassen, was denselben in seinen Grundfesten erschüttern mußte. Mit dem friedlichen und ohne Blutvergießen vollzogenen Umsturze in Bukarest ist aber die Donaufürstenthümerfrage in ein Stadium getreten, welches die größte Aufmerksamkeit erheischt und das besonders Oesterreich zu großer Wachsamkeit auffordert. Die Donaufürstenthümerfrage kann zu einer europäischen werden, und zwar nicht bloß durch ihren directen Zusammenhang mit der orientalischen Frage, sondern auch durch die Stellung, die der Moldau und Walachei auf der Pariser Conferenz eingeräumt wurde. Welche Haltung wird Frankreich einnehmen, das bekanntlich den Fürsten Rusa lange Zeit in auffallender Weise protegirt? Wie wird Rußland, im Hinblick auf seine geheimen und doch so bekannten Pläne, die neuesten Ereignisse in Bukarest betrachten? Welche Zwecke verfolgen endlich die in Bukarest selbst jetzt ans Ruder gelangten Parteien, und wie verhält sich die Masse des Volks und besonders die von Rusa so sehr begünstigten Bauern zu diesen Zwecken? Alle diese Fragen drängen sich von selbst auf, ohne daß sie jetzt schon beantwortet werden können. Aufgabe des österreichischen Cabinets aber ist es, rasch jene Maßnahmen zu treffen, die den so wichtigen Interessen Oesterreichs in den Donaufürstenthümern entsprechen, die uns gestatten, vorläufig feste Position zu fassen in einer Frage, bei welcher wir in erster Reihe betheilig sind, und wir zweifeln auch nicht, daß die Regierung ihrer Aufgabe gerecht werden wird.“

Itehoe, 23. Februar. (N^o 3.) Auf Antrag des schleswighischen Gouvernements hatte der hiesige Magistrat gegen den Buchdrucker Pfingsten als Herausgeber und verantwortlichen Redacteur